

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

II/2

Hannover, 7. Januar 1947
Telefon 20951

Bl. 4

Über demokratische Methoden

F.S. Dem ausländischen Journalisten, der zum ersten Male in Deutschland war und sich anschickte, ein Bild über die neuen demokratischen Kräfte zu gewinnen, die wieder lebendig sind, war aufgefallen, daß die Gebräuche hierzulande anders sind als in seiner Heimat. Damit hatte er die erste und vielleicht für sein Vorhaben wichtigste Erkenntnis errungen. Es mußte nur noch hinzukommen, daß er eine richtige Vorstellung von den Ursachen dieses Unterschieds und der hier üblichen und - oft leider - notwendigen politischen Praxis gewann. Dies zu erreichen war beträchtlich schwieriger. Er kam mit den Vorstellungen, wie er drüben auf der Insel gewonnen hat, wo ein Volk seit Jahrhunderten in einer demokratischen Verfassung lebt und wo im Gespräch, im Klub, in der Gewerkschaft, in der politischen Versammlung, in der Zeitung, wo im gesamten Lebensstil das Moment der Duldung neben der Tatsache wirksam ist, daß die Tradition die Formen des Lebens bestimmt und daß die sozialen Spannungen wegen des hohen Lebensstandards auch des sogenannten kleinen Mannes weniger aufdringlich und explosiv sind. Das war und ist hier anders, und die anderen Voraussetzungen schufen andere Auswirkungen. Das übersehen viele, die sich anschicken, die deutschen politischen und demokratischen Methoden zu beurteilen.

Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches hofften in Deutschland Millionen auf die befreiende Tat. Wie sie aussehen sollte, das wußten sie nicht. Sozialismus? Vielleicht! Millionen andere wußten, daß der Sozialismus sie und die gesamte Nation befreien würde. Sie erlitten die grausame Enttäuschung der Weimarer Jahre, die viele und zum größten Teile auch gute demokratische Formen und Reformen brachten, nicht aber die entscheidende Wendung zur sozialistischen Wirklichkeit. So gutwillig nach der Katastrophe des alten Regimes zunächst die Zusammenarbeit aller Kreise und Kräfte zu sein schien, so deutlich wurde alsbald, daß die

einstigen Träger der Monarchie zugleich die Gegner des sozialen Ausgleichs und mehr noch der sozialistischen Tat waren. Sie sammelten sich wieder als Rechte und sie boten auch denen Unterschlupf und gar Hilfe, die die Infamie und schließlich den Tod als politische Waffe betrachteten und anwandten. Das schuf die Härte in den Gegensätzen, Rechts zu stehen, so erschien es dem Mann auf der Straße, der auf die soziale Befreiung hoffte, sei gleichbedeutend mit Rabulistik oder einfach Brutalität. Der Nationalsozialismus, die Inkarnation aller aktiven Kräfte der Gegner der Demokratie und des Sozialismus, bestätigte durch Wort und Tat die Ahnung des einst Hoffnungsvollen.

Gegen diese Methoden wehrte sich die Demokratie. Damals entstanden Formen der politischen Auseinandersetzung, die wenig erfreulich und keinesfalls wesentliche Bestandteile demokratischer Praxis sind, aber eben aus dem Verhalten der Gegner der Demokratie geboren wurden. So sehr sich die Demokraten um die Anerkennung ihrer Grundsätze bemühten, die im privaten wie im öffentlichen Leben gleichermaßen gelten sollten, so wenig Erfolg hatten sie - wie Hitlers Werdegang bezeugt.

Nach dem Zusammenbruch dieses konzentrierten Versuches, Demokratie und Sozialismus zu vereinfachen, formierten sich die politischen Parteien in Deutschland heute von neuem. Die Linke hat die Erfahrungen von einst nicht vergessen. Sie wünscht nicht, daß gleiche Verhältnisse wiederkehren, aber sie ist berechtigt, es zu fürchten. Man ist darum vorsichtig, zurückhaltend, eher bereit zur Vorbeugung als dazu, die Augen zuzudrücken und gewisse Anzeichen ähnlicher Entwicklungen zu übersehen, deren Verlauf zu ahnen ist und deren Spuren schrecken. Manches Hindernis, das sich zwischen den politischen Parteien auftrifft, ist nur von der Vorsicht gestützt. Es fällt in sich zusammen, wenn erkennbar wird, daß alle Parteien ehrlich bemüht sind, nicht einen Schritt vom Wege echter demokratischer Politik zu weichen. Das heißt: Duldsamkeit üben, aussprechen was ist und werden soll und bereit sein, das Ganze höher zu werten als das Eigene. Dies müßte in Beschlüssen und praktischen Maßnahmen unzweideutig bezeugt werden. Die sozialistische Neuordnung in Deutschland ist keine parteipolitische Aufgabe mehr, sie ist eine nationale Verpflichtung. Darum muß sie erfüllt werden. Bei ehrlicher Arbeit von allen Seiten ändern sich die Formen der Zusammenarbeit darn von selbst.

Aber dieser Einwand des Journalisten war nicht der einzige, den er gegen die politische Praxis in Deutschland machte..

Besinnung in Frankreich?

Ein Aufruf aus der französischen Zone

A.F. Paris, Anfang Jan.

Die rechtsstehende Pariser Tageszeitung "Le Figaro" - die übrigens mit über 40.000 Exemplaren die größte Auflage aller französischen Morgenblätter hat - veröffentlichte dieser Tage einen bemerkenswerten Artikel ihres Sonderberichterstatters in der französischen Zone Deutschlands. "Die Lage der Deutschen in unserer Zone ist sehr hart", so heißt es wörtlich: "Die Lebensmittelversorgung ist schlecht, die privaten Reserven sind erschöpft. Der Winter ist viel härter als der vergangene. Viele Greise werden ihn nicht überleben."

Der Berichterstatter weist dann auf die schwierige Lage der Besatzungsbehörden hin, denen die Alliierten vorwerfen, zuviel aus der Zone herauszuschaffen, während die Franzosen die deutschen Leistungen für zu gering ansehen. Er empfiehlt seinen Landsleuten, in Zukunft ihren "gerechten Unwillen" zurückzustellen und daran zu denken, daß Frankreich eine "große Partie" zu spielen habe. "Die Engländer und Amerikaner haben den Beweis ihrer Klugheit gebracht, als sie ihre beiden Zonen vereinigten und sich bereit erklärten, darin sehr bedeutende Kapitalien zu investieren. In zwei oder vielleicht in drei Jahren werden sie die Früchte dieser weitsichtigen Politik ernten können".

Noch Ansicht des Mitarbeiters des "Figaro" ist die französische Militärregierung beauftragt, eine Politik der Verständigung zu betreiben. Um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen, sei es aber nötig, ihr ein Mindestmaß von Befriedigung zu verschaffen. "Die Einwohner leben in mehr als schwierigen Bedingungen. Es gibt nichts zu kaufen und zu verkaufen, soweit die Industrie arbeitet, tut sie es ausschließlich für uns. Die Deutschen haben nichts mehr, um Handel zu treiben. Liegt es in unserem Interesse, ihnen selbst den bescheidensten Wiederaufstieg zu versagen?" Der französische Journalist erachtet es für angebracht, die Reichtümer der französischen Besatzungszone in Zusammenarbeit mit den Deutschen und in gemeinsamer Interesse auszuwerten. Er empfiehlt seinen Landsleuten, die Periode der berechtigten Vergeltung als abgeschlossen anzusehen. "Wir sind an einen Punkt angekommen, wo es unentbehrlich ist, unserer Zone wieder neues Leben einzuflößen, wenn wir nicht wollen, daß sie in unseren Händen zugrunde geht. Das ist die Schlußfolgerung, die man immer wieder von den zuständigen Behörden und Persönlichkeiten der französischen Zone hört."

Dieser Artikel des "Figaro" ist ein erfreuliches Anzeichen dafür, daß auch maßgebende französische Kreise ernstlich an die Lebensnötigkeiten der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes denken. Es ist zu hoffen, daß es in den nächsten Monaten zu einer positiven Zusammenarbeit und damit auch zu einer sinnvollen Lösung der deutschen Frage kommen wird.

700.000 Mitglieder der Labour Party

Die englische Labour Party konnte nicht nur in den letzten englischen Parlamentswahlen einen überwältigenden Erfolg erringen. Sie hat in den beiden letzten Jahren auch ihren Mitgliederstand erheblich verhehrt können. Während sie vor zwei Jahren noch 265.763 Mitglieder zählte, ist ihre Mitgliederzahl bis Ende 1946 auf rund 700.000 angewachsen. Allein im Jahre 1946 stießen 213.000 neue Mitglieder zur Labour Party, die interessanterweise in den ländlichen Bezirken Englands mehr Anhänger besitzt als in den Städten. Der "Daily Herald", das offizielle Organ der Labour Party, führt das starke Anwachsen der Mitgliederzahl auf die Tatsache zurück, daß die Labour Party im Gegensatz zu anderen politischen Parteien eine organisierte Bewegung mit einer demokratischen Verfassung ist und nicht einfach eine Wahlmaschine. (M/B10/4147/1/ks)

Labour-Zuwächse fürs Oberhaus

Bei den alljährlichen Neujahrsauszeichnungen wurden auch vier Pioniere der englischen Arbeiter-Bewegung in den Adelsstand erhoben. Die vier neuen Barone, die nun ins House of Lords einziehen werden und dort eine weitere Stärkung der Labour Regierung bedeuten, sind: Sir Ernest Simon, Präsident des Rates der Manchester-Universität und Fachmann auf dem Gebiet des Wohnungswesens, George G a r r o - J o n e s , parlamentarischer Sekretär im Ministerium für Luftfahrtpolitik während der Koalitionsregierung und bekant als Rechtsanwalt und Journalist, Charles A u g e s s , der mit 17 Jahren bereits Gewerkschaftsmitglied wurde, und allmählich zum Präsidenten des Trade Union Congress aufstieg, der rund 5000000 Mitglieder umfaßt, und schließlich noch Fred K e r s h e w , der seit über 40 Jahren der Labour Party angehört, eine Autorität auf dem Gebiet des Versicherungswesens ist, aber bisher nie sonderlich in Erscheinung trat, weshalb man ihm auch den Spitznamen "Der unbekante Sozialist" gab.

Die Auszeichnung dieser vier Arbeiter-Vertreter ist ein typisches Beispiel für die englische Politik. Woanders verfolgt man die Sozialisten und Gewerkschaftsführer und schickt sie ins Gefängnis, in England erhebt man sie in den Adelsstand! (m/B'S/4147/1/hs)

"Der Geist der englischen Politik"

Die breite deutsche Öffentlichkeit ist mit ganz bestimmten Vorstellungen über das Wesen der englischen Politik in den ersten und auch in den zweiten Weltkrieg geschickt worden. Macht Hunger, Heuchelei und insulare Arroganz seien danach die maßgebenden Motive und Kennzeichen für die politische Führung Englands gewesen. Sie habe auf die Einkreisung Deutschlands abgezielt, dessen Vernichtung ihr oberstes, aus Weid über die wachsende deutsche Weltgeltung gebornes Ziel gewesen sei. Gerade weil diese Deutung bis zur Primitivität einfach war, war sie auch für den unpolitischen Sinn des Durchschnittsdeutschen und leider auch des sogenannten Gebildeten so gefährlich einprägsam.

In diesen Tagen, die wieder von einer hochgehenden Welle englischfeindlicher Stimmung beherrscht werden, kamen uns von neuem zwei Bücher in die Hand, die beide auf verschiedene Weise, aber gleich überzeugend ein Bild der englischen Politik entwerfen, wie sie wirklich war und in Grunde auch heute noch ist, trotz mancher Anzeichen, die dagegen zu sprechen scheinen. Das eine dieser Bücher stammt von dem inzwischen verstorbenen Historiker Hermann K a n t o r o w i c z und heißt: "Der Geist der englischen Politik und das Gespannt der Einkreisung Deutschlands". (Erschienen bei Ernst Rowohlt, Berlin 1929). Das andere hat Dr. Eugen F i e c h e r , Sachverständiger im parlamentarischen Untersuchungsausschuß des deutschen Reichstages zum Verfasser, trägt den Titel "Holsteins großes Nein" und kam 1925 bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin heraus. Das Buch behandelt die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen in den Jahren 1898 bis 1901. Die Darstellungsmethode ist in beiden Fällen wissenschaftlich.

Das Buch von Kantorowicz ist eine Untersuchung der deutsch-englischen Beziehungen auf allen Gebieten des Geisteslebens und der Politik, es ist eine unerhört gründliche Arbeit mit einer geradezu verblüffenden Fülle von Material, ebenso selbständig in der Wahl des eigenen Standortes wie im Urteil, überraschend in der Kühnheit der Kombination, zwingend in den Schlussfolgerungen. Es spricht ein Englandfreund, der sich offen zu dieser Freundschaft bekant, aber sie auch wohl zu begründen weiß,

der andererseits ebenso offen in einem Kapitel "Die sieben Hauptstunden der britischen Politik" behandelt, denen er gewiß noch manche hätte hinzufügen können, wenn er die Erfahrungen der seit dem Erscheinen des Buches vergangenen 17 Jahre hätte verwerten können. Es ist fast selbstverständlich, daß in deutscher Sprache eine andere gleich so gelungene wie spannende Darstellung des politischen Wortschatzes der Engländer existiert wie diese. Das Buch soll vollständig vergriffen sein - 1933 kam es natürlich auf den Index - und sich nur in wenigen Exemplaren im Privatbesitz befinden. Es läßt sich kaum eine Publikation denken, die für die Vertiefung des deutsch-englischen Verständnisses nützlicher wäre - trotz der seit den verfloßenen bitteren Jahren, der neuen Erfahrungen und neuen Enttäuschungen, die sie brachten. Denn auch sie sind im Grunde nur eine Bestätigung jener Feststellungen, die Kantorowicz getroffen und der Schlüsselgerungen, die er gezogen hat. Zum mindesten sollte man versuchen, eine Neuauflage für Universitäten, Schulen, öffentliche Bibliotheken und andere Stellen mit ähnlichen Möglichkeiten und Aufgaben der geistigen Einflußnahme zuzuführen. Es müssen nicht immer neue Bücher sein, die uns, auch in der Politik, etwas zu sagen haben.

Ist dieses Buch ein großangelegter Überblick, so stellt das zweitgenannte "Holsteins großes Nein" von Eugen Fischer eine wissenschaftliche Studie über einen zeitlich und thematisch sehr eng begrenzten Abschnitt der deutsch-englischen Beziehungen dar, der freilich einer der entscheidungsvollsten in den Beziehungen beider Völker gewesen ist. (Die Studie umfaßt immerhin 300 Druckseiten im Großformat). Es ist, mit einem Wort, einfach unglaublich, was sich hier dem erstaunten Blick dokumentarisch belegt, an sündhaften Torheiten, Anmaßung, Mißtreuen und Unsicherheiten, Furcht, nicht ernst genommen zu werden, hysterischer Überempfindlichkeit und an versäumten Gelegenheiten auf seiten der kaiserlich-deutschen Politik aufzutut, als es damals um die Frage ging, ein von England angebotenes Bündnis anzunehmen oder auszuschlagen. Der Gegenstand liegt fast ein halbes Jahrhundert zurück. Aber es ist geradezu ergreifend zu sehen, in welcher tragischer Weise sich die damaligen Fehler und Irrtümer in erheblicher Vergrößerung vor und im ersten und zweiten Weltkrieg wiederholten. Wer dieses Buch liest, wird gewiß nicht mehr die verhängnisvolle Verwandtschaft der Außenpolitik Wilhelms II. mit der Adolf Hitlers beargwöhnen wollen. Er wird aber auch nicht die erstaunliche Beständigkeit der englischen Ideen und Methoden leugnen können, die über Jahrzehnte weltbewegender Erschütterungen hinweg Gültigkeit behalten haben und die sich so gründlich von der altergebrachten deutschen Vorstellung (und auch vom gegenwärtigen Augenschein) unterscheiden.

Stalins Deutschlandplan

Eine interessante Prognose - Vermutung oder Information?

In "Paris Presse" schreibt Yves Delbars, Moskau wünsche sehnlich einen Erfolg der Moskauer Konferenz am 10. März, da die innere Lage Rußlands dringend eine Verständigung mit den Amerikanern fordere, um an den Wiederaufbau des Landes gehen zu können und weil andererseits in Bälde ein weiteres, entscheidendes Problem zwischen der Sowjetunion und der USA seiner Lösung harre, die Frage des fernen Ostens. Stalin werde seine ganze Autorität einsetzen, um die Moskauer Konferenz zu einem guten Ende zu führen und werde wahrscheinlich selbst an den Verhandlungen teilnehmen. Falls das Klima in Moskau ihn zwingt, wieder nach Sotchi zurückzukehren, sei geplant, die Verhandlungen dorthin zu verlegen. Für diesen Fall werden jetzt bereits entsprechende Vorbereitungen an den Ufern des Schwarzen Meeres getroffen. Im übrigen habe die Sowjetunion für die Moskauer Konferenz folgenden Plan für Deutschland ausgearbeitet:

Deutschland soll ein demokratischer Bundesstaat mit Berlin als Hauptstadt werden, der aus sämtlichen besetzten Gebieten Deutschlands gebildet werden soll. Keine weitere Gebietsabtretung darf ohne vorherigen Volksentscheid und ohne Übereinstimmung mit der zuständigen deutschen Regierung erfolgen. Der neue deutsche Staat soll wirtschaftlich eine Einheit bilden und autonom sein. Als Garantie gegen eine Wiedergeburt des deutschen Militarismus soll über das Ruhrgebiet internationalisiert und das Saargebiet unter französische Kontrolle gestellt werden. Die Sowjetunion ist jedoch dagegen, daß diese Kontrollen die Ausführung von in diesen Gebieten hergestellten Gütern verhindern - außer es werden entsprechende Gegenwerte geliefert.

Die Sowjetunion beharrt auf folgenden Reparationsforderungen:

1. Zuweisung von 50 000 Facharbeitern, 2. 25 % der industriellen Erzeugnisse, die zu Zweidrittel mit russischen Rohstoffen bezahlt werden sollen, 3. 15 % der Werkzeugmaschinen, die sich augenblicklich jenseits der russischen Zone befinden.

Das Regime des künftigen Deutschland soll demokratisch sein. Die Freiheit der politischen Parteien, der Presse und der Versammlungen soll gesichert werden. Das Parlament soll sich aus zwei gleichberechtigten Kammern zusammensetzen. Die zweite, die sog. Hohe Kammer, soll den bundesstaatlichen Organismus des neuen Deutschland repräsentieren und aus Vertretern aller zwölf Länder gebildet sein, in die nach dem Vorschlag Marschall Sokolowski Deutschland aufgeteilt werden soll, wobei sieben dieser 12 Länder in der russischen Zone liegen sollen.

Der Abzug der alliierten Truppen aus Deutschland könnte rasch erfolgen und bis zum 1. Januar 1949 abgeschlossen sein. Um ein Wiederaufleben des Nazismus zu verhindern, soll mit dem Sitz in Berlin eine "Beobachtungskommission" gebildet werden, die Vertreter der USA, der Sowjetunion, Großbritanniens, Frankreichs, Polens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Hollands und Belgiens umfassen soll. Sie soll bis 1955 in Tätigkeit bleiben. Die deutsche Regierung selbst soll noch vor dem Ende des Abzugs der Besatzungstruppen gebildet werden.

Für die einzelnen Operationen ist folgender Zeitplan vorgesehen:
 1947 Reduzierung der Besatzungstruppen auf 20 und dann auf 12 Divisionen.
 Januar 1948 Wahlen für die beiden Kammern des neuen Deutschland.
 Februar 1948 Bildung einer demokratischen Bundesregierung, der die alliierte Kontrollkommission ihre Gewalt überträgt.
 März 1948 Unterzeichnung des Friedensvertrages. (5/BIC/747/1/hs)

600 Korrespondenten für Moskau

Für die Märzkonferenz in Moskau, auf der die Friedensbedingungen für Deutschland festgelegt werden sollen, werden rund 600 ausländische Korrespondenten in der russischen Hauptstadt erwartet. Da Außenminister Molotow bei den Besprechungen in New York den Vertretern der Presse und des Rundfunks volle Freiheit zusagte, dürften wahrscheinlich außer den Berichterstattern über die Konferenz der Außenminister auch viele andere Zeitungsmänner die Chance wahrnehmen, einen Blick hinter den Eisernen Vorhang zu werfen. Wenn es ihnen gestattet werden sollte, ihre Berichte unzensuriert nach Hause zu senden, so würde dies einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der Sowjetunion bedeuten. (2/BIC/6147/1/hs)